

**ZWEITER SCHRITT AUF EINEM MARSCH VON 10 000 LI:
(Japans Außenminister unterzeichnet in Peking das erste offizielle Abkommen Tokyos
mit der VR China)**

Oskar Weggel

Auf Beschluß des japanischen Kabinetts folgte Außenminister Masajoshi Ohira vom 3. - 6. Januar einer Einladung in die VR China. Er kam mit konkreten Vorstellungen nach Peking. Galt es doch, jenen Abmachungen, wie sie seinerzeit im Kommuniqué vom 29. September 1972 zwischen Chou En-lai und Tanaka niedergelegt worden waren (vgl. dazu C.a. 72/9, S.31), Leben einzuhauchen. In Punkt 8 und 9 dieses Kommuniqués sind mehrere Prozedere-Richtlinien festgelegt. Es sollen einmal "Verhandlungen mit dem Ziel geführt werden, einen Vertrag über Frieden und Freundschaft zwischen beiden Ländern" abzuschließen. Außerdem sollten "Verhandlungen zum Zweck des Abschlusses von Abkommen über Handel, Schifffahrt, Luftfahrt, Fischerei usw. in Einklang mit den Erfordernissen und unter Berücksichtigung bestehender Abkommen" geführt werden.

Schließlich sollte der Besuch Chinas auch dem Meinungsaustausch über die internationale Situation dienen und vor allem über die Stellung Japans zu den beiden Supermächten Aufschluß geben.

a) Was zunächst die weltpolitische Diskussion angeht, so dürfte die Stellung Japans zur Sowjetunion einen weiten Raum eingenommen haben. Wie die Prawda (1) festgestellt haben will, hat sich Japan allerdings nicht in die sowjetfeindliche Politik Pekings einbeziehen lassen. Der Aufruf des chinesischen Außenministers Chi P'eng-fei anlässlich eines Empfangs zu Ehren des japanischen Gastes zum gemeinsamen Kampf gegen die Bestrebungen gewisser Supermächte, "eine Welthegeemonie zu errichten", wobei er recht durchsichtig auf die UdSSR anspielte, habe bei den Japanern "nicht die Wirkungen ausgelöst, mit denen man gerechnet hatte."

Chi P'eng-fei hatte am 4.1. folgenden Passus in seine Bankettrede einfließen lassen: "Die internationale Situation wird augenblicklich von einer großen Unruhe in der ganzen Welt gekennzeichnet. Die Supermächte streiten mit steigender Heftigkeit um die Welthegeemonie. Ihr Streit ist seit dem Ausbruch der Nahostkrise noch offener geworden, und die grundsätzlichen Meinungsverschiedenheiten haben sich verstärkt Die gemeinsame chinesisch-japanische Erklärung stellt fest, daß keines der beiden Länder im asiatisch-pazifischen Raum nach Hegemonie streben sollte und daß jedes Land gegen die Bemühungen jedes anderen Landes oder jeder anderen Gruppe von Ländern ist, eine solche Hegemonie herstellen zu wollen. Solange die Länder und Völker im asiatisch-pazifischen Raum an ihrem Kampf gegen die Hegemonie festhalten, wird dies sicherlich dazu beitragen, die Situation in diesem Raum zu verbessern (2).

Am 5. Januar wurde der japanische Außenminister vom Vorsitzenden Mao Tse-tung empfangen. "Sie führten ein freundschaftliches und weitreichendes Gespräch" (3). Dieses überraschende Zusammentreffen darf als Beweis

für die Bedeutung gelten, die China seinen Beziehungen zum japanischen Nachbarn beimißt. Der Parteivorsitzende empfängt normalerweise nur Staatsoberhäupter, Regierungschefs und Politiker befreundeter kommunistischer Parteien.

Bereits am 4. Januar war der Außenminister mit Ministerpräsident Chou En-lai zusammengetroffen (4). Über die Gespräche drangen nur wenige Einzelheiten an die Öffentlichkeit. Bekannt wurde u.a., daß Chou bei der Erörterung der augenblicklichen Energiekrise die chinesische Ölproduktion des Jahres 1973 mit 50 Mio. t beziffert haben soll. Das wäre gegenüber dem Vorjahr eine Steigerung von etwa 50%. China wird in diesem Jahr zwischen 3 und 5 Mio. t Rohöl an Japan liefern.

U.a. wurde auch bekannt, daß beide Staaten darüber übereingekommen sind, jeweils 11 ständigen Korrespondenten Agréments zu erteilen.

b) Was das Problem eines Friedensvertrages angeht, so wurde das Thema von Ohira selbst nicht formell zur Sprache gebracht. Seine Begleiter haben jedoch, wie dpa meldet, "erste konkrete Gespräche mit kompetenten chinesischen Stellen geführt" (5).

Welchen konkreten Inhalt ein solcher Friedensvertrag haben soll, ist nur schwer auszumachen. Bereits beim Besuch Tanakas im September 1972 war ja beispielsweise die Frage eventueller Reparationen in dem Sinne gelöst worden, daß Peking, ebenso wie übrigens schon vor Jahren Taiwan, auf Kriegsentschädigungen gegenüber dem ehemaligen Feind verzichtete. Ferner wurde schon damals vereinbart, daß beide Regierungen "dauerhafte Beziehungen des Friedens und der Freundschaft zwischen beiden Ländern auf der Basis der friedlichen Koexistenz" herstellen wollten. Sämtliche Streitfragen in den gegenseitigen Beziehungen sollten "auf friedlichem Wege, ohne Gewaltanwendung oder Drohung, gelöst werden". Auch die Aufnahme diplomatischer Beziehungen wurde damals vereinbart, und überdies "der anormale Zustand, der bis jetzt zwischen der VR China und Japan bestand, mit dem Tage der Veröffentlichung des Kommuniqués "für beendet erklärt".

Nicht zuletzt aber erkannte Japan die Regierung der VR China als einzige legitime Regierung Chinas an.

Soll ein eventueller Friedensvertrag diese bereits damals getroffenen Vereinbarungen lediglich noch einmal formal und "mit heiligem Ernst" festlegen?

Auch der Friedensvertrag von San Francisco vom 8. Sept. 1951, in dem Japan mit den "Alliierten" (= 48 Staaten!) den Kriegszustand beendete, kann hier keinesfalls als -heuristisch ergiebiger - Präzedenzfall herangezogen werden. In Artikel 2 dieses Vertrages verzichtete Japan auf frühere Territorialgewinne und verpflichtete sich, seine internationalen Streitigkeiten künftig auf friedlichem Wege zu regeln, auf jegliche Drohung oder Gewaltanwendung zu verzichten, die UNO in jeder Aktion zu unterstützen, Reparationen zu

zahlen, gewisse Gegenstände zurückzuerstatten, Haftung für die Vorkriegsschulden anzuerkennen und sich aller Ansprüche gegen die alliierten Mächte und ihre Staatsangehörigen im Zusammenhang mit dem Kriegsgeschehen zu begeben. Im Sicherheitsvertrag von San Francisco vom 8. September 1951 räumte Japan überdies den USA das Recht ein, amerikanische Truppen auf japanischem Territorium zu stationieren (6). Teilweise wurden die hier erwähnten Vereinbarungen bereits durch das Kommuniqué vom September 1972 geregelt, zum Teil aber kommen Rechte, die damals von den Alliierten in Anspruch genommen wurden, für China heute nicht mehr in Betracht, so z.B. weitere Ansprüche auf Territorium, das Japan China "geraubt" hat, und natürlich auch nicht das Recht auf Stationierung von Truppen.

Auch der Friedensvertrag zwischen Japan und Nationalchina vom 28. April 1952, der durch die Anerkennung Pekings als einzige legitime Regierung Chinas praktisch obsolet geworden ist, hilft hier nicht weiter. Der Friedensvertrag von 1952 erklärte den Kriegszustand zwischen den beiden Ländern für beendet und die normalen Beziehungen für wiederhergestellt. Beide Länder erklärten, die Satzung der Vereinten Nationen zu achten und für die Förderung der allgemeinen Wohlfahrt und des wirtschaftlichen Wiederaufbaus zusammenzuarbeiten. Japan verzichtete damals auf seine Rechte, Titel und Ansprüche bezüglich Formosas und der Pescadoreen. Es verzichtete auch auf alle Sonderrechte und Privilegien in China, die sich auf die Bestimmungen des Protokolls von Peking vom 7. September 1901 und auf dessen Annexe gründen. Japan verpflichtete sich, das Eigentum der Republik China bzw. deren Staatsangehörigen auf Formosa und den Pescadoreen, das sich in der Zeit vom 7. Juli 1937 bis 2. September 1945 (Kriegsdauer) in Japan befand, zurückzuerstatten, sofern seinerzeit darüber nicht frei vom Eigentümer verfügt worden war. Auch eine Revision der Entscheidungen japanischer Prisengerichte und sonstiger Gerichte zu Lasten von Nationalchinesen aus der gleichen Zeitspanne wurde vereinbart (7). Sollen in einem Friedensvertrag zwischen Japan und der VR China nun all diese Bestimmungen nochmals wiederholt werden?

c) Für ein Schifffahrts- und Fischereiabkommen wurde die Zeit von beiden Seiten offensichtlich noch nicht für reif befunden; zumindest erschienen beide Komplexe substantiell nicht in den offiziellen Erklärungen.

d) Am problematischsten sollte sich der vierte Komplex, nämlich die Ausarbeitung eines Luftverkehrsabkommens, erweisen. Die Vorverhandlungen zu diesem plötzlich so vorbelasteten Problem hatten bereits im Frühjahr 1973 begonnen. Vom 8. - 15. März 73 verhandelten sechs japanische Regierungsbeamte über die Grundlage eines Luftfahrtabkommens zwischen beiden Staaten (8). Japan empfand zu dieser Zeit bereits Unbehagen angesichts der Beobachtung, daß immer mehr Luftverkehrsgesellschaften Landrechte in Peking und Shanghai eingeräumt bekamen. U.a. versuchte die Air France, Konzessionen für die Strecke Tokyo-Shanghai bzw. Tokyo-Peking zu bekommen, also bedeutsame Vorteile auf Kosten Japans einzustreichen: vermutlich würden ja beinahe sämtliche Passagiere, die diese

Strecke benutzten, Japaner sein!

Peking andererseits stellte sich auf den Standpunkt, daß die "Japan Airlines" (JAL) ihre Flüge nach Taiwan einzustellen, und daß die japanische Regierung überdies die Landungsrechte der "China Airlines" zu kündigen habe, ehe Tokyo mit Luftlanderechten in China rechnen könne. Japan kam mit diesem Junktim in eine Zwickmühle; denn die Route Taiwan-Japan gehört mit zu den gewinnbringendsten JAL-Strecken. Sie einer vorerst wirtschaftlich noch recht unbedeutenden Verbindung zwischen Peking und Tokyo zu opfern, würde hohe wirtschaftliche Verluste für die JAL mit sich bringen (9). Immerhin befliegt die JAL z.Zt. 37 mal pro Woche die Route zwischen Japan und Taipei. (China Airlines, umgekehrt, hat in derselben Zeit 20 Flüge nach Japan aufzuweisen, von denen einige bis Südkorea, Hawaii und San Francisco weiterführen.) Im vergangenen Jahr haben etwa eine halbe Million japanischer Touristen und Geschäftsleute die Insel besucht. Selbst im Oktober 1972, also unmittelbar nach der Normalisierung Tokyo-Peking und dem Bruch mit Taipei, sind während eines einzigen Monats über 10.000 Japaner auf die Insel gekommen, also etwa ebenso viele, wie im ganzen Jahr 1973 auf dem Festland waren.

Die über dem chinesischen Junktim schon bald ins Stocken geratenen japanisch-chinesischen Verhandlungen hätten freilich schnell wieder flott werden können, falls Taiwan auf einen Vorschlag Pekings eingegangen wäre, demzufolge die nationalchinesische "China Airlines" ihren Namen ändern und das Flaggenkennzeichen Nationalchinas von den Flugzeugen entfernen sollte. Maschinen, die diese Bedingungen erfüllten, sollten weiterhin in Japan landen dürfen, ohne daß dadurch die japanischen Wünsche auf Flugkonzessionen nach China durchkreuzt würden. Taipei ging jedoch erwartungsgemäß auf dieses Ansinnen nicht ein. Bis heute hat sich die japanische Regierung - zwischen unmittelbaren Geschäftsinteressen und langfristigen politischen Überlegungen hin- und hergerissen - nicht zu einer endgültigen Entscheidung durchringen können. Auch der Besuch Ohiras in Peking konnte unter diesen Umständen nicht dazu angetan sein, den gordischen Knoten zu lösen.

Peking möchte sich freilich selbst mit dem eventuellen Verzicht der JAL, Taiwan anzufliegen, noch nicht ganz zufriedengeben. Es verlangt überdies, daß keine JAL-Maschine künftig einen Flughafen benutzt, von dem aus Flugzeuge der privaten "Nippon Air" in Richtung Taiwan starten. Diese Frage wird sich allerdings in Wohlgefallen auflösen, da demnächst der alte Flughafen Haneda aufgegeben und der neue Großflughafen von Narita bezogen werden soll. Nippon Air kann von da an Haneda als Basis benutzen, während die JAL von Narita aus operiert.

e) Wesentlich günstiger für Ohira waren die Aussichten für ein Handelsabkommen. Gerade auf diesem Gebiet hatte ja eine jahrelange Praxis chinesisch-japanischer De-facto-Verbindungen günstige Voraussetzungen geschaffen. Zu ersten Handelskontakten kam es bereits 1952 aufgrund japanischer Privatinitiative, die von drei Vereinigungen ausging, nämlich von der "Vereinigung zur Förderung des chinesisch-japanischen Handels", vom "Abgeordnetenverband

zur Förderung des chinesisch-japanischen Handels" und schließlich von der "Japanisch-chinesischen Freundschaftsgesellschaft", die alle drei zwischen 1949 und 1950 gegründet worden waren. Diese Trias brachte es zuwege, daß trotz des im Dezember 1950 von den USA über China verhängten Totalembargos erste Fäden zum Festland gesponnen wurden. Im Juni 1952 kam es dann schließlich sogar zu einem ersten Handelsübereinkommen, das aber auf japanischer Seite ausschließlich von Privatleuten getragen war, also keineswegs halboffiziellen oder gar offiziellen Charakter trug! Diesem ersten kommerziellen Übereinkommen folgten im Laufe der Jahre noch drei weitere, nämlich am 29. Oktober 1953, am 4. Mai 1955 und am 5. März 1958.

Unterbrochen wurde diese Praxis durch den berühmten "Flaggenzwischenfall von Nagasaki" vom 2. Mai 1958, bei dem ein japanischer Extremist die chinesische Fahne vom Stand einer in einem kleinen Warenhaus gezeigten chinesischen Briefmarkenausstellung riß. Die VR China kündigte darauf innerhalb kürzester Frist das soeben mühsam zustandegekommene vierte Handelsübereinkommen.

Erst 1963 wurden die Kontakte wiederaufgenommen. Da-

mals kam es zum Abschluß eines halboffiziellen, bis 1967 befristeten Handelsabkommens, das nach den Delegationsleitern "Liao-Takazaki-Abkommen" genannt wurde (10).

Der "L T-Handel" wurde jedoch durch den berühmten Yoshida-Brief von 1962 eingeschränkt, durch den der damalige Ministerpräsident den Nationalchinesen gegenüber das Versprechen abgegeben hatte, daß bei der Lieferung von Industrieanlagen an die VR China von seiten der japanischen Export-Import-Bank keine Garantien gegeben würden.

Nachdem das Liao-Takazaki-Abkommen ausgelaufen war, kam es zu der recht umständlichen Praxis, jedes Jahr ein neues Abkommen zu schließen. Von nun an sprach man vom "Memorandumhandel; anstelle des "L T-Handels" trat der "MT-Handel". Freilich lief der chinesisch-japanische Handel nicht nur auf diesem einen, sondern vielmehr "auf zwei Beinen", nämlich zusätzlich über die sog. "freundlichen Firmen", die an Zahl ständig zunahmen. Ende 1968 z.B. gab es bereits dreihundert dieser von Peking als "freundlich" anerkannten Geschäftspartner.

Wie der Handel im Laufe der Jahre zugenommen hat, geht aus folgender Tabelle hervor:

DER JAPANISCH-CHINESISCHE HANDEL 1950 - 1972

(Quelle: Shin Chugoku Nenkan, 1973)

	Jap. Exporte		Jap. Importe		Importe+Exporte	
	1000 US\$	% Vorjahr	1000 US\$	% Vorjahr	1000 US\$	% Vorjahr
1950	19,633	%	39,328	%	58,961	%
1951	5,828	29.7	21,606	54.9	27,434	46.5
1952	599	10.3	14,903	69.0	15,502	56.5
1953	4,539	757.8	29,700	199.3	34,239	220.9
1954	19,097	420.7	40,770	137.3	59,867	174.9
1955	28,547	149.5	80,778	198.1	109,325	182.6
1956	67,339	235.9	83,647	103.6	150,986	138.1
1957	60,485	89.8	80,483	96.2	140,968	93.4
1958	50,600	83.7	54,427	67.6	105,027	74.5
1959	3,648	7.2	18,917	34.8	22,565	21.5
1960	2,726	74.7	20,729	109.6	23,455	103.9
1961	16,639	610.4	30,895	149.0	47,534	203.1
1962	38,460	231.1	46,020	149.0	84,480	177.7
1963	62,417	162.3	47,599	162.1	137,016	162.2
1964	152,739	244.7	157,750	211.5	310,489	226.2
1965	245,036	160.4	220,705	142.4	469,741	151.3
1966	315,150	128.6	306,237	136.3	121,387	132.3
1967	288,294	91.5	269,439	88.0	557,733	89.8
1968	325,439	112.9	224,185	83.2	549,624	98.5
1969	390,803	120.1	234,540	104.6	625,343	113.8
1970	568,878	145.6	253,818	108.2	822,696	131.6
1971	578,188	101.6	323,172	127.3	901,360	109.5
1972	608,921	105.1	491,192*	152.0	1,100,113	122.0

(注) 1958年5月に日中貿易は中断したので、1959年と1960年の数字は配慮物資取引の数字と、香港からの商品で原産地中国とみなされるものを合計して計上したものであって本来の日中貿易ではない。なお、友好貿易開始のきっかけとなった周總理談話は1960年8月22日であり、友好個別契約は1960年末に第1号契約ができていたので友好取引の上表における開始は1961年とみてよい。なお、1971年の前年比はドル建ての数字のもので、円建てでは、円切上げのため異なってくる。またドル表示は8月15日まで360円換算、12月21日までは毎旬の実勢相場平均、12月22日以降は308円で、換算したものである。1972年は308円換算で、したがって円建てでは前年比はちがってくる。(Ann.C.a.: Druckfehler 221,192 korrigiert)

Der Einbruch von 1959/60 war zurückzuführen auf den bereits erwähnten "Flaggenzwischenfall von Nagasaki", dessen Nachwirkungen dann übrigens vor allem den westdeutschen Handelspartnern Chinas zugutekommen sollte. Wie die folgende Tabelle zeigt, wurde der Handel seit 1963, seit der Zeit also, als der "LT-Handel" zu laufen begann, prozentual stärker über "freundliche Firmen" als über "LT" und "Memorandum"-Kanäle geleitet(11).

	Freundschaftlicher Handel	Handel auf Grund der Abkommen
1963	53,3	46,7
1964	58,6	41,4
1965	67,1	32,9
1966	67,1	32,9
1967	72,5	27,5
1968	79,6	20,4
1969	79,7	20,3
1970	91,2	8,8
1971	92,1	7,9

Der Memorandum-Handel, der vor allem seit 1970 zurückgegangen war, erhielt seit Juni 1972 wieder stärkere Bedeutung. Damals wurde das Personal der "China-Japan Memorandum Trade Organisation in Tokyo" von seiten der VR China personell aufgestockt, und zwar von 3 auf 5 Funktionäre. Auch der Posten des Direktors wurde neu besetzt. Die Japaner folgten diesem Beispiel ihrerseits bei ihrer Außenstelle in Peking (12).

Der Handel wurde weiterhin dadurch erleichtert, daß die Bank von Tokyo und die Bank von China im August 1972 übereinkamen, die Verrechnung des beiderseitigen Handelsverkehrs künftig in chinesischer oder aber japanischer Währung abzuwickeln. Bis dahin war der Handel zwischen beiden Partnern in £ Sterling verrechnet worden, in einer Währung also, die allzu häufigen Wechselkursschwankungen ausgesetzt war (13).

Schon vor dem Besuch Tanakas in Peking zeigte sich freilich ein bedeutsames Hindernis für die Ausweitung des chinesisch-japanischen Handels: nämlich der Wille der Chinesen, keine Kredite anzunehmen und damit den Grundsatz der Autarkie auch weiterhin zu perpetuieren. Eine direkte Kreditgewährung an die VRCh seitens der japanischen Industriemacht kam also nicht in Frage. Da den Japanern die Strategie der Gesichtswahrung nur allzu gut bekannt ist, fanden sie einen anderen Weg: Es sollte nämlich der Export größerer Industrieanlagen nach China durch staatliche Kreditbeschaffung bei der Finanzierung erleichtert werden. Japanische Firmen würden dadurch instandgesetzt, auf Kosten der Export-Import-Bank Industrieanlagen in China aufzubauen, ohne aus wirtschaftlichen Gründen gezwungen zu sein, nun sofort Barzahlung bzw. Zinsen von China zu verlangen. Anlässlich seiner China-Reise ermächtigte denn auch Tanaka, die staatliche Export-Import-Bank, diese Art der Finanzierung, die bis dahin wegen des sog. Yoshida-Briefes blockiert war, einzuleiten, um dadurch den Verkauf einer von China gewünschten Vinylon-Fabrik im Werte von 150 Mio. US-\$ zu ermöglichen (14). Gleichzeitig wollte sich Tokyo aber auch nicht die Chance verbauen,

Kredite geben zu "dürfen". Es bot langfristige Gelder mit einer Laufzeit von 12 bis 15 Jahren bei 3 % jährlicher Verzinsung über die staatliche Export-Import-Bank an, stieß damit in Peking allerdings auf taube Ohren. Auch mit dem weiteren Wunsch, chinesisch-japanische Gemeinschaftsunternehmen zu gründen, also nach dem üblichen Schema der in Südostasien so bewährten Joint Venture-Strategie zu verfahren, fand Japan kein Gehör.

Angesichts der schon gut eingelaufenen Handelsbeziehungen zwischen China und Japan erwies sich der Besuch Tanakas im September 1972 keineswegs als bahnbrechend. Trotzdem kam ein neues Element hinzu: Die "freundlichen Firmen" hatten sich bisher stets den sog. Vier Chou En-lai-Prinzipien beugen müssen (keine Unterstützung der Politik Taiwans gegenüber der VRCh; keine Direktinvestitionen in Taiwan und Südkorea; keine Produktion und Lieferung zugunsten der Kriegeranstrengungen der USA in Laos, Vietnam und Kambodscha; keine Beteiligung amerikanischer Tochtergesellschaften). Der japanische Grundsatz der Trennung von Politik und Wirtschaft war hier also entscheidend durchbrochen worden. Firmen, die diese Bedingungen nicht akzeptierten, wurden als "unfreundlich" abqualifiziert. Seit dem Tanaka-Besuch begann hier eine Akzentverschiebung. Auch die "unfreundlichen Firmen" wollten nun langsam im Chinageschäft zum Zuge kommen. Zu diesem Zweck beschlossen die großen Unternehmervverbände "Keidanren" und "Keizai Doyukai" sowie die japanische Industrie- und Handelskammer, gemischte japanisch-chinesische Handelsausschüsse zu bilden, um geregelte Handelsbeziehungen in die Wege zu leiten und hemmungslose Konkurrenz- und Preisunterbietungsstrategien zwischen den einzelnen japanischen Firmen im China-Geschäft zu vermeiden.

Obwohl der Abschluß eines sino-japanischen Handelsabkommens bevorstand, wurde auch nach dem Besuch Tanakas für 1973 letztmalig ein halboffizielles Abkommen im Rahmen des "Memorandum Trade" ausgehandelt. Am 21.11.73 schließlich entstand in Tokyo die Japanisch-Chinesische Wirtschaftsvereinigung. Sie soll Informationen über die sino-japanischen Wirtschaftsbeziehungen sammeln und sie an ihre Mitglieder weitergeben. Außerdem soll sie ein langfristiges Programm für die Förderung der sino-japanischen Beziehungen ausarbeiten und es der Regierung überantworten (15).

Welche Kontaktstellen in der Zwischenzeit entstanden waren, wurde bei einer Feier zum Neuen Jahr 1974 deutlich: das "Verbindungsbüro für japanisch-chinesischen Handel", der "Japanisch-Chinesische Fischereiverband", die "Japanisch-Chinesische Wirtschaftsvereinigung" und der "Japanische Verband für die Förderung des internationalen Handels" (16).

Auch sonst wurden die Fäden noch enger gezogen. Anfang 1973 kam es zu einer formellen Zusammenarbeit zwischen den beiden Nachrichtenagenturen Kyodo und Hsinhua - eine Entwicklung, die vor allem dem Erfahrungsaustausch in der Kommunikationstechnologie (Fernschreibverkehr mit chinesischen Schriftzeichen und Funkbildübertragungen etc.) zugute kam. Am 30.1.73 wurden ferner zwei Telexverbindungen zwischen den beiden Hauptstädten ihrer Bestimmung übergeben (17). Schließlich beschloß man, ein Unterseekabel zwischen Shanghai und Nagasaki oder aber zwischen

Shanghai und Okinawa zu verlegen (18).

Auch Handelsdelegationen beider Staaten gaben sich die Klinke in die Hand. Der umfangreiche Delegationenaustausch läßt sich anhand der jeder Ausgabe von C.a. beigegebenen Tabelle "Delegationen von und nach China" ermitteln. Am bedeutsamsten war die chinesische Mammutdelegation unter Leitung des Vorsitzenden der China-Japan-Freundschaftsgesellschaft, Liao Cheng-chih, die im April 1973 nach Japan kam.

Im Juni und Juli 1973 veranstaltete Japan ferner eine Technologieausstellung in Peking (19). In dieser Atmosphäre immer enger werdender Bindungen begannen schließlich am 17.8.73 in Tokyo Gespräche über das erste offizielle Handelsabkommen zwischen den beiden Ländern seit dem Zweiten Weltkrieg. Am 31.8. bereits wurde mitgeteilt, daß die Unterhändler Einigung über den Abschluß eines solchen Abkommens erzielt hätten (20).

Als Hsinhua schließlich kurz vor dem Eintreffen Ohiras Bilanz zog, kam eine beachtliche Liste von Besprechungen und Aktivitäten zusammen (21). Danach haben im Jahre 1973 "mehr als 10 000 Japaner in über 200 Gruppen China besucht. 1973 wurden außerdem in zahlreichen Orten Japans Ausstellungen chinesischer Erzeugnisse und chinesischer Kunst veranstaltet. Chinesische moderne revolutionäre Theaterstücke und Symphonien wurden von japanischen Ensembles bzw. Orchestern aufgeführt. Chinesische literarische Werke und Bücher über die sozialistische Revolution und den sozialistischen Aufbau Chinas wurden in japanischer Sprache herausgebracht Der Sportaustausch hat sich 1973 stark entwickelt. Etwa 5 000 japanische Geschäftsleute besuchten die Cantoner Frühjahrs- und Herbst-Exportwarenmesse..... Immer mehr Japaner treten der "Gesellschaft für japanisch-chinesische Freundschaft (orthodox)" bei, und Zweigstellen der Gesellschaft werden in Städten, Fabriken und Schulen gegründet".

Die Volksdiplomatie Chinas hatte also gründlich vorgearbeitet. Ohira und sein chinesischer Amtskollege Chi P'eng-fei hatten - was Handelsfragen anbelangte - leichtes Spiel.

Am 5.1. unterzeichneten sie ein Handelsabkommen, in dem die beiden Vertragsparteien einander die Meistbegünstigungsklausel bezüglich aller Zölle, interner und anderer Besteuerung exportierter und importierter Waren einräumen. Das Abkommen enthält Bestimmungen für den Zahlungsverkehr, für den Austausch von Technologie, für die Veranstaltung von Ausstellungen sowie für Schlichtungsverfahren zwischen den beiden Ländern und für die Bildung eines gemischten Komitees, das sich aus Regierungsvertretern zusammensetzt. Außerdem tauschten die beiden Seiten Schreiben aus, die bestätigen, daß die Regierungen in Tokyo und Peking schon vor Inkrafttreten des Abkommens am 10.1.1974 die Bestimmungen des Abkommens als gültig betrachten (22).

Vor allem die letzte Klausel hatte unmittelbare Auswirkungen auf das "Verbindungsbüro des chinesisch-japanischen Memorandumhandels". Am 21.1. fand in einer Atmosphäre der Rührung und des Abschieds ein "Empfang zum erfolgreichen Abschluß der historischen Mission des chinesisch-japanischen Memorandumhandels" statt. Der Vorsitzende des chinesischen Büros in Tokyo, Hsiao Hsiang-chien, meinte bei seiner Abschiedsrede: "Ungeachtet der Tatsache, daß die

historische Mission des Memorandumhandels zu Ende gegangen ist, wird die Freundschaft zwischen den beiden Völkern ewig anhalten. Die fruchtbaren Erfahrungen, die durch den Memorandumhandel gewonnen wurden, werden weiterhin gute Resultate zeitigen" (23).

Mit dem Memorandum-Handel ist es also zu Ende. Was aber wird, so möchte man fragen, aus den "freundlichen Firmen", die gegenüber den inzwischen ins China-Geschäft eingestiegenen Industriegiganten klein und unbedeutend wirken? China hat zwar bekanntgegeben, daß es alte Freunde nicht im Stich lassen werde. Die wirtschaftlichen Realitäten des neuen Chinahandels werden solche etwas sentimental eingefärbten Vorsätze freilich wohl bald zunichte machen. Für die "freundlichen Firmen" gibt es vorerst zwei Möglichkeiten:

- Zum einen können sie sich mit den Großen arrangieren. Die Praxis, sie als Unterabteilungen in Großfirmen einzubauen und dadurch ihre über die Jahre hinweg gesammelten Erfahrungen zu nutzen, hat bereits weitgehend Schule gemacht.

- Ferner sollen die privatwirtschaftlichen Organisationen, die für die Durchführung des MT-Handels auf japanischer Seite eingerichtet worden sind, auch in der Ära des offiziellen Handelsabkommens bestehen bleiben, um den kleinen "freundlichen Firmen" angesichts der Konkurrenz der Großen als Verhandlungs- und Abwicklungszentren zu dienen.

Im übrigen aber werden die Handelsprobleme zwischen Peking und Tokyo künftig in dem zu gründenden gemischten Ausschuß für bilaterale Handelsfragen diskutiert werden.

Alles in allem ist es charakteristisch für die Nachkriegsbeziehungen beider Länder, daß ausgerechnet ein Handelsabkommen den Reigen offizieller Vereinbarungen einleitet. Immerhin hat Japan in den letzten Jahren etwa 20 % von Chinas gesamtem Ausfuhrhandel bestritten, während China in der japanischen Außenhandelsstatistik nur mit 2 % zu Buche stand. Diese Zahlen zeigen aber auf beiden Seiten eine ansteigende Tendenz (zu den Entwicklungen bis 1972 vgl. die oben im Text abgedruckte Tabelle).

Im Jahre 1972 z.B. erhöhte sich das Gesamtvolumen des Handels zwischen den beiden Ländern um 22 % gegenüber 1971 und erreichte den Rekord von 1,1 Mrd. US-\$. Hierbei beliefen sich die japanischen Exporte auf 608,92 Mio. US-\$(+5,3 %), während die Importe gleich um 52 % auf 491,11 Mio. US-\$ nach oben kletterten. Japans Handelsüberschuß gegenüber China sank von 315 Mio. US-\$ i.J. 1970 auf 117 Mio. US-\$. Die rückläufigen Exporte Japans waren hauptsächlich eine Folge des starken Exportrückganges bei Eisen und Stahl, zwei Artikel, die bis dahin mit zu Japans Hauptlieferungskontingenten gehört hatten. Auch die Yen-Aufwertung vom Dezember 1971, die eine Preissteigerung verursachte, spielte eine nicht unwesentliche Rolle (24). Die steigende Tendenz setzte sich 1973 fort.

Nach Angaben der japanischen Gesellschaft für die Förderung des internationalen Handels belief sich der Handel zwischen Japan und China i.J. 1973 auf insgesamt 2 009 567 000 Dollar (auf Verrechnungsbasis) und übertraf damit bei weitem die ursprünglichen Schätzungen. Im Vergleich zum Vorjahr (1 100 036 000 Dollar) schnellte der Handel fast um das Doppelte nach oben. Die Gesellschaft

betrachtet diese starke Steigerung als ein Resultat der Ende 1972 einsetzenden Normalisierung der Beziehungen zwischen beiden Ländern (25).

Trotz dieser ohnehin schon eindrucksvollen Bilanz werden die Japaner auch jetzt nicht müde, nach immer neuen Möglichkeiten einer noch weitergehenden Intensivierung des Geschäftsverkehrs Ausschau zu halten. U.a. bahnt sich z.Zt. eine neue Geschäftsmöglichkeit an: die Lohnveredelung. Die Chinesische Außenhandelsgesellschaft für Textilwaren teilte z.B. der japanischen Handelsfirma Chori mit, China sei bereit, aus japanischen Stoffen Fertigbekleidung herzustellen, die das japanische Unternehmen dann in ihrer Gesamtmenge übernehmen könne.

Im Agrarbereich schauen die Kooperationsmöglichkeiten ähnlich günstig aus. Der Leiter der Chinesischen Außenhandelsgesellschaft für Nahrungsmittelexporte erklärte z.B. im September 1973 in Tokyo, seine Gesellschaft sei bereit, die Möglichkeit, im japanischen Auftrag bestimmte Reissorten in China anzubauen, wohlwollend zu prüfen. China wolle auch Produkte für die Nahrungsmittelverarbeitung in Japan liefern. Zu diesem Zweck sei die chinesische Seite bereit, anbautechnische Informationen und Saatgut aus Japan zu übernehmen, damit die gelieferten Früchte den japanischen Normen und Fabrikationsstandards entsprächen.

Auch in der Lebensmittelindustrie bahnt sich eine Zusammenarbeit an. Japanische Firmen untersuchen z.B. die Möglichkeit, den Anbau von Mais, Bohnen, Tomaten und Soja für die Speiseölgewinnung nach China in Auftrag zu geben.

Einer besseren Kooperation auf technologischem Gebiet schließlich dürfte es förderlich sein, daß China dazu übergeht, eine bestimmte Haltung in Fragen von Patentrechten und ausländischem Anlagekapital einzunehmen. Bei allen bisherigen Lieferungen von japanischen petrochemischen Anlagen an China seien etwa bis 20 % der vereinbarten Summe als "Lizenzgebühr" anzusehen. Die Chinesen teilen den Gegenwert für technische Entwicklungen in drei Kategorien auf: die eigentlichen "Lizenzgebühren", die Gebühren für die Erstellung von Konstruktionsplänen und die Kosten für die Entsendung von Ingenieuren durch die Lieferfirmen. Die chinesische Seite ist heute bereit, für jede Anlage mit hochmoderner Technologie Lizenzgebühren zu entrichten. Man könne stattdessen aber auch auf 5 bzw. 7 Jahre die Geheimhaltung der jeweiligen Technologie gegenüber Dritten mit dem chinesischen Vertragspartner vereinbaren. Auch über das Problem der eingetragenen Warenzeichen könne bald ein Vertrag abgeschlossen werden (26).

Noch weitere neue Wege zur Belebung des Warenverkehrs haben sich die Japaner einfallen lassen, wobei vor allem auf die immer knapper werdenden Währungsreserven Chinas Rücksicht genommen wird:

- Einige japanische Firmen, vor allem Großkaufhäuser, versuchen z.B. in Tokyo und Osaka große Spezialkaufhäuser für chinesische Konsumwaren zu gründen, die evtl. sogar als chinesisch-japanische Joint Ventures ausgestaltet werden könnten.

- Ferner planen japanische Banken, Devisen bei der Bank von China anzulegen, um damit der VRCh, die ja nach wie vor ausländische Kredite ablehnt, dennoch frei verfügbare Devi-

sen zur Verfügung zu stellen. Die Frage des Zinses wird hierbei allerdings eine ziemlich heikle Rolle spielen.

China ist aber auch gewillt - unabhängig von solchen Möglichkeiten - sein Devisenposter dadurch zu erweitern, daß es immer mehr Rohstoffe an Japan verkauft.

- Seit Mai 1973 liefert es z.B. Erdöl. Die Menge ist allerdings vorläufig noch auf eine Million t jährlich beschränkt. Ab 1975 soll dann neben dem Erdöl auch Kokskohle nach Japan verschifft werden.

- In der Zwischenzeit hat eine japanische Handelsfirma auch einen Vertrag mit China abgeschlossen, dem zufolge jährlich 10 000 t Flußspat nach Japan geliefert werden sollen, und zwar zunächst drei Jahre lang. Ähnliche Abkommen liegen über Manganerz, Feldspat und Borax vor.

Alle diese Entwicklungen wären wohl kaum denkbar, wenn der Handel zwischen Japan und China noch auf den alten Geleisen verlief. Heute betreibt nicht mehr nur eine Handvoll sog. "freundlicher Firmen" Handel mit dem Kontinent, sondern jeder, der sich zum Geiste des zwischen Tanaka und Chou En-lai ausgehandelten Kommuniqués bekennt.

Noch höher wäre freilich der beiderseitige Handelsaustausch, hätten sich nicht im Laufe des Jahres zwei Hindernisse eingestellt, nämlich erstens die im Gefolge der Erdölkrise nach oben schnellenden japanischen Preise und zweitens die knappen Produktions- und Lieferkapazitäten, die es der japanischen Wirtschaft unmöglich machten, auf alle langfristigen Vorstellungen der Chinesen einzugehen.

Die handelspolitischen Erfolge Japans bei China sind für Tokyo ein gewisses Trostpflaster angesichts des tiefen Traumas, das es anlässlich der Südostasienreise Tanakas im Januar hat hinnehmen müssen. Erfreulich war zwar das herzliche Willkommen auf den Philippinen - selbst wenn es von dem Wunsche des dortigen Präsidenten Marcos genährt war, mehr Mittel von Japan zu bekommen. Auch in Singapore und Malaysia gab es keine größeren Unruhen. Umso schlimmer aber fiel das Besuchsergebnis in Thailand und Indonesien aus. Hier bekam Japan nun in ihrer ganzen Stärke jene kurzsichtige Bumerangpolitik zu spüren, die nur auf Profit gerichtet gewesen war und sich im Grunde genommen nie für die wirtschaftliche Entwicklung der armen südostasiatischen Nachbarstaaten interessiert hatte. Die indonesischen Demonstranten zündeten die Generalvertretung von Toyota in Djakarta an, brannten ein vierstöckiges, mit japanischem Kapital gebautes Einkaufszentrum nieder und rissen von der japanischen Botschaft die Fahne herunter. Rd. 10 000 Studenten und Schüler stürmten außerdem japanische Firmenvertretungen und verwüsteten Wohnungen von Japanern. Ziel ihrer Angriffe war auch das von der JAL verwaltete modernste Hotel der Hauptstadt, das "President". Es war für die Japaner wohl kaum ein Trost, daß sich die Demonstrationen in Djakarta weniger gegen Tanaka selbst als vielmehr gegen den indonesischen Präsidenten und seine Frau richteten, die beschuldigt werden, gerade im Verkehr mit Japan riesige Summen veruntreut zu haben.

All diese Erfahrungen dürften die japanische Regierung und Wirtschaft dazu veranlassen, in sich zu gehen und sich über ihre bisherigen "neokolonialistische" Politik Gedanken zu machen. Sollten diese Überlegungen zu einer Änderung des bisherigen Kurses gegenüber den südostasiatischen Partnern

führen, so wäre damit auch ein weiterer Schritt zu einem besseren sino-japanischen Verständnis getan.

Ein Lichtblick für Japan ist der Handel mit China aber auch deshalb, weil die Inselwirtschaft im vergangenen Jahr das höchste Defizit in ihrer Zahlungsbilanz im Laufe ihrer Geschichte zu verzeichnen hatte. Einem Bericht des japanischen Finanzministeriums zufolge beträgt das Defizit 10,07 Mrd. US-\$. Noch 1972 war ein Überschuß von 4,65 Mrd. US-\$\$ ausgewiesen worden. Zurückgeführt wird diese Wandlung auf den erhöhten Kapitalabfluß im vergangenen Jahr durch Investitionen in Übersee, auf Darlehen an das Ausland und an die Weltbank sowie auf die Mehrausgaben aufgrund der erhöhten Ölpreise (27). Da die japanischen Importe aus China die Tendenz zeigen, sich wertmäßig den Exporten nach China anzugleichen, wird allerdings auch hier längerfristig keine aktive Handelsbilanz mehr zu erwarten sein.

Wie sehr der chinesisch-japanische Handel auch für Peking

von Wichtigkeit ist, zeigt u.a. das schon beinahe an Abhängigkeit grenzende Ausmaß, in dem China Düngemittel aus Japan bezieht. Nahezu die Hälfte des chinesischen Düngemittelbedarfs wird durch Importe aus dem Nachbarstaat gedeckt.

Interessanterweise hat die Ölkrise auch hier Beeinträchtigungen mit sich gebracht. Wie die Nachrichtenagentur Kyodo am 5.2.74 mitteilte (28), sah sich die japanische Düngemittelindustrie infolge der Erdölkrise außerstande, einen langfristigen Kontrakt für die Zeit von 1974 an abzuschließen. Ursprünglich habe man einen Vertrag für 3-5 Jahre in Aussicht genommen. Am 30.1. wurde eine Sieben-Mann-„Feuerwehrmission“ nach Peking geschickt, die sich mit chinesischen Stellen beraten sollte. Die Chinesen forderten ihre japanischen Geschäftspartner bei dieser Gelegenheit auf, ihren Ablieferungspflichten termingerecht nachzukommen. Die Japaner konnten sich dazu nur unter der Bedingung eines 30%igen Exportpreisanstiegs verstehen.

- 1) Prawda 9.1.74
- 2) NCNA 4.1.74
- 3) NCNA 5.1.74
- 4) NCNA 4.1.74
- 5) dpa 7.1.74
- 6) Vgl. dazu im einzelnen "Konferenzen und Verträge", hrsg. von H.Rönnefarth und H.Euler, Würzburg 1959, S.406-413)
- 7) Keesings Archiv der Gegenwart, 1952, S.3446D
- 8) Näheres C.a. 73/4-Ü78
- 9) Näheres dazu C.a.73/9-Ü26)
- 10) Zu den Einzelheiten der Handelsübereinkommen sowie zum Zwischenfall von Nagasaki vgl. M.Y.Cho, "Die Volkswirtschaft in Ostasien: Entstehung, Theorie und Praxis", Bd.30 der Schriften des Instituts für Asienkunde Hamburg, Wiesbaden 1971, S.95-97, S.107 und S.105-128
- 11) Tabelle entnommen aus Sung-Jo Park, "Der Handel zwischen China und Japan, eine wirtschaftliche Entwicklung mit politischen Hintergründen", Europa-Archiv 1973, S. 391-398 (393)
- 12) Näheres C.a. 72/6-Ü49
- 13) VWD/NfA 23.8.72
- 14) Näheres dazu C.a. 72/8-Ü13
- 15) SWB 14.11.72
- 16) NCNA 10.1.74
- 17) JT 31.1.73
- 18) SWB 9.1.73
- 19) Näheres C.a. 73/7-Ü53
- 20) Näheres C.a. 73/10-Ü37
- 21) NCNA 1.1.74
- 22) NCNA 5.1.74
- 23) NCNA 22.1.74
- 24) JIJI-Press, engl. 22.3.73
- 25) JIJI-Press 29.1.74
- 26) BfA/NfA 29.1.74
- 27) VWD/NfA 22.1.74
- 28) Abgedruckt in SWB 13.2.74